

Russischer Student erhält keine Aufenthaltsbewilligung

Dass die Höheren Fachschulen nicht vom Bund anerkannt sind, führt immer häufiger zu Problemen. Nun setzen sich Politiker für die wichtigen Bildungsanbieter ein.

Sie organisieren Ausflüge für Touristen in der Schweiz, beraten Kunden von Reiseveranstaltern oder sind für das Marketing einer gesamten Ferienregion zuständig. Das Studium an einer Höheren Fachschule (HF) für Tourismus befähigt Absolventinnen und Absolventen für vielfältige, anspruchsvolle Aufgaben. Wegen ihres hohen Ausbildungsniveaus wecken die vier Schweizer Schulen auch das Interesse von Studierenden aus dem Ausland, doch diese treffen dabei mitunter auf unerwartete Schwierigkeiten.

So geschehen zum Beispiel im letzten Sommer an der Höheren Fachschule für Tourismus in Lausanne. Ein junger Mann aus Russland hatte sich für die Ausbildung zum diplomierten Tourismusfachmann HF beworben und wurde aufgrund seines Schulabschlusses aufgenommen. Seine Mutter hatte die Semestergebühr unverzüglich einbezahlt. Doch am ersten Tag des Semesters erschien der Student nicht. Stattdessen rief er die Schule an und teilte ihr mit, er habe keine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Die Einwohnerkontrolle des Kantons Waadt begründete die Verweigerung damit, dass die Schule nicht staatlich anerkannt sei.

Politiker von links bis rechts ziehen am gleichen Strick

Dieses Hindernis wollen die Höheren Fachschulen nun endlich aus dem Weg räumen. Und sie erhalten Unterstützung aus der Politik. Im März hat die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz zusammen mit acht Mitunterzeichnenden verschiedener Parteien eine Motion eingereicht, welche vier Forderungen beinhaltet: Höhere Fachschulen sollen die Möglichkeit haben, sich als Institution anerkennen zu lassen; gleichzeitig soll die eidgenössische Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien beibehalten werden. Der Bezeichnungsschutz soll zudem garantieren, dass sich nur Schulen mit mindestens einem eidgenössisch anerkannten Bildungsgang Höhere Fachschule nennen dürfen. Weiter sollen die Diplome künftig vom Bund unterzeichnet und mit dem eidgenössischen Wappenlogo versehen werden. Das Anliegen zur Stärkung der Höheren Fachschulen wird auch von der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) klar unterstützt: Am 25. Mai wurde eine entsprechende Kommissionsmotion ohne Gegenstimme angenommen. Der Ständerat unterstützte am 6. Juni die Motion Fetz mit 31 zu 6 Stimmen.

„Die Höheren Fachschulen bringen hochqualifizierte Fachkräfte hervor und tragen massgeblich zur Stärke der Schweizer Bildungslandschaft bei“, begründet Fetz ihren Vorstoss. Die HF-Absolventinnen und HF-Absolventen seien von der Wirtschaft gefragt. „Im internationalen Umfeld wird aber oft eine institutionelle Anerkennung erwartet“, weiss Fetz. Deshalb müsse der Begriff „Höhere Fachschule“ genauso geschützt werden, wie es die Bezeichnungen „Universität“ oder „Fachhochschule“ bereits sind.

Im internationalen Umfeld benachteiligt

Man wolle sich keinesfalls den Status der Fachhochschulen anmassen, betont Franziska Lang-Schmid, Präsidentin der Konferenz der Schweizerischen Höheren Fachschulen. Und es sei auch nicht das Ziel, beliebige Bildungsangebote in Eigenregie zu konzipieren, beschwichtigt sie. Der Bedarf werde auch künftig in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ermittelt. So werden die Rahmenlehrpläne,

welche das Berufsbild und die Handlungskompetenzen festlegen, weiterhin von den Organisationen der Arbeitswelt und den Schulen gemeinsam entwickelt. „Wir wollen lediglich die Probleme mindern, mit denen unsere Schulen sowie die Studierenden und Absolventinnen und Absolventen tagtäglich konfrontiert sind.“ Im internationalen Wettbewerb seien die Höheren Fachschulen stets unnötig benachteiligt, sagt Lang-Schmid. Neben verweigerten Aufenthaltsbewilligungen erschwert die fehlende Anerkennung zum Beispiel die Zusammenarbeit mit ausländischen Bildungsanbietern. Für Studierende aus dem Ausland ist es schwierig, Stipendien für Höhere Fachschulen zu erhalten. Weiter stossen HF-Absolventinnen und HF-Absolventen auf Vorbehalte, wenn sie sich im Ausland oder bei internationalen Firmen in der Schweiz bewerben.

Der Fall des jungen Russen, der in Lausanne studieren wollte, zieht sich immer noch hin. Seine Mutter fordert die Semestergebühr in der Höhe von rund 7000 Franken zurück. Sie nimmt den Standpunkt ein, dass sich ihr Sohn nicht hier eingeschrieben hätte, wäre ihnen bewusst gewesen, dass die Schule nicht anerkannt ist. Die Höhere Fachschule für Tourismus hingegen fühlt sich für die Gewährung von Aufenthaltsbewilligungen nicht verantwortlich. „Die Sache ist für beide Seiten sehr ärgerlich“, sagt Direktorin Hanna Rychener. „Wir werden voraussichtlich für den ganzen Studiengang fast 40 000 Franken verlieren.“ Beide Parteien haben nun Anwälte eingeschaltet. Wahrscheinlich ist, dass der Streit in einem Vergleich endet, bei dem beide Seiten die Hälfte des Betrags übernehmen. Die Anwaltskosten wird die Schule aber zusätzlich tragen müssen.

Wichtiger Player in der Berufsbildung

In der Schweiz gibt es rund 150 Höhere Fachschulen, deren Bildungsgänge vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) überprüft werden. Pro Jahr erwerben rund 8500 Personen ein HF-Diplom und weitere 1400 bilden sich in einem Nachdiplomstudiengang HF weiter. Die Höheren Fachschulen gehören wie die Hochschulen zur Tertiärstufe des Schweizer Bildungssystems. In der Schweizerischen Konferenz Höhere Fachschulen sind acht Berufsbereiche vertreten: Technik, Gesundheit, Wirtschaft, Hotellerie-Restoration/Tourismus, Land- und Waldwirtschaft, Soziales/Erwachsenenbildung, Künste/Gestaltung/Design sowie Transport/Verkehr.